

# Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Herausgegeben von Emma Ihrer in Pankow bei Berlin.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter No. 2756) vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Stuttgart  
Mittwoch, den 12. Juni  
1895.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Zettin (Eigener), Stuttgart, Rothbüchlerstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Zurchbachstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

## Sozialpolitische Weisheit von oben.

Was der Vertreter des preussischen Handelsministers auf die Petition des Bundes deutscher Frauenvereine, die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren betreffend, in der Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses zu antworten für gut befunden hat, das haben wir bereits in Nr. 10 der „Gleichheit“ tiefer gehängt. Die frauenrechtlerische Presse — soweit sie uns zugeht — hat bis jetzt die betreffenden Aeußerungen nicht geziemend zurückgewiesen. Es wird dies auch Niemand wundern, der weiß, daß unsere bürgerliche Frauenrechtelei in unvergessener Achtung „vor dem Herren Bürgermeister und den hohen Obrigkeiten“, in submissiver Gesinnungstüchtigkeit nach oben ihre Strafe zieht. Die geäußerte sozialpolitische Weisheit ist jedoch so charakteristisch für den bürokratisch-kapitalistischen Klassenstaat, der Preußen heißt und dessen Rümpfen und Spucken das übrige Deutschland glücklich abguckt, daß wir sie noch an dieser Stelle in die gebührende Beleuchtung rücken wollen.

Der hohe Beamte, der im Namen des Handelsministers sprach, wollte gütigst „nicht in Abrede stellen“, „daß weibliche Aufsichtsbeamte auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und sittlichen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen eine nützliche Einwirkung ausüben könnten“. Nachdem er jedoch die Nützlichkeit und damit die Nothwendigkeit der geforderten Reform verschämt zugegeben, läßt er die bürokratisch-zopfigsten und geldsackfreundlichsten Aber gegen ihre Verwirklichung aufmarschieren. Was zeigen diese Aber klärllich?

Zunächst, daß man im preussischen Handelsministerium der einschlägigen Frage mit einer jungfräulichen Befangenheit gegenübersteht, die nicht durch Sachkenntniß getrübt wird. Das Sprachrohr des Handelsministers „muß an und für sich bezweifeln“, ob Frauen zur Gewerbeinspektion geeignet seien. Man fürchtet an maßgebender Stelle, daß Frauen die für diese Aufgabe erforderlichen technischen Kenntnisse nicht besitzen und auch in absehbarer Zukunft nicht erwerben werden. Als ahnungsloser Engel steht man also offenbar im Handelsministerium der Thatsache gegenüber, daß sich durchaus kompetente und unbefangene Persönlichkeiten für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren erklärt haben. So der Schweizer Fabrikinspektor Dr. Schuler, der zwar mit Rücksicht auf die erforderlichen technischen Kenntnisse die Frauen als Hauptaufsichtsbeamte nicht angestellt wissen möchte, aber ihre Thätigkeit als Hilfsinspektoren warm befürwortet. So der österreichische oberste Gewerbebeamte Hofrath Wigerka, welcher die Ansicht vertritt, daß die Frauen alle beruflichen Kenntnisse für die Gewerbeinspektion erwerben können. So viele Andere noch.

Verschlafen zu haben scheint man im preussischen Handelsministerium, welche gute Erfahrungen man in anderen Ländern mit der Thätigkeit der Fabrikinspektorinnen gemacht, und daß man deshalb ihre Zahl vermehrt hat. Die handelsministerielle Unschuld vom Lande läßt in Frankreich die Fabrikinspektion durch Frauen noch immer — wie vor Erlaß des neuen Arbeiterschutzgesetzes — ausschließlich in Paris bestehen. Befagte Unschuld weiß auch nicht, ob der in England gemachte Versuch, Frauen zur Fabrikinspektion heranzuziehen, „zu einer dauernden Einrichtung geführt hat“. Kurz, die Leute, welche bezüglich der geforderten Reform ein entscheidendes

Wort mitzusprechen haben, erweisen sich in der That als unwissender wie die erste beste Frauenrechtlerin, wie — schrecklich zu sagen — der erste beste sozialdemokratische Abgeordnete, wie Duzende sozialdemokratischer „Aufheber“ und „Aufheberinnen“. Diese materielle Unkenntniß ist bemerkenswerth und bezeichnend. Die Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren steht nicht seit heute und gestern zur Debatte. Seit Jahren ist sie wiederholt von der Sozialdemokratie im Reichstage angeschnitten worden. Es wäre Pflicht des Handelsministeriums gewesen, sich bezüglich einer offiziell so oft angeregten Reform gründlich zu informiren. In Zeit und Mitteln zum Studium hat es ihm wahrlich nicht gefehlt, allerdings dafür um so mehr an verschiedenem Anderen, das eine Voraussetzung verständigen sozialpolitischen Wirkens ist.

So vor allem an Fühlung mit der Arbeiterklasse, an Achtung vor dem ausdrücklich kundgegebenen Willen weitester Kreise derselben. Seit gut zehn Jahren wird innerhalb der sozialdemokratischen Frauenbewegung mit Energie für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren gewirkt. Diese Agitation erfreut sich der Sympathie, der Unterstützung der ganzen Partei. In Hunderten von Versammlungen und von Hunderttausenden von Personen sind im Laufe der Jahre weibliche Aufsichtsbeamte nachdrücklichst gewünscht worden. Mehrere sozialdemokratische Parteitage beauftragten durch einstimmig angenommene Anträge die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, für diese Forderung einzutreten. In verschiedenen Landtagen, im Reichstage haben sie sich ihres Auftrags erledigt. Bei ihren Forderungen handelte es sich also nicht um die Initiative einzelner Personen, sondern um den klipp und klar geäußerten Willen der Partei, die 1 1/2 Millionen Wähler zählt, die nichtstimmberechtigten Mitglieder nicht eingerechnet.

Und angesichts dieses klipp und klar geäußerten Willens wagt der Vertreter des Handelsministeriums zu behaupten, bezüglich der geforderten Reform „sei kein Anzeichen vorhanden, daß in weiten Schichten der Bevölkerung die Ueberzeugung von deren Nothwendigkeit besteht!“ In dieser Aeußerung baumelt nicht bloß der preussische Bureaukratenzopf, der an Volkswünschen nur als vorhanden anerkennt, was sich de- und wehmüthig bis zu einem hohen Papierkorb durchgewinselt hat. In ihr offenbart sich auch eine unverfrorene Mißachtung jeder selbständigen Willensäußerung des Volks. Wir können doch nicht annehmen, daß den so pflichteifrigen deutschen und insbesondere preussischen Obrigkeiten die hier in Frage kommenden Kundgebungen weitester Volkskreise verborgen geblieben seien. Sie, die schneidig und tiefgründig die Vorgänge und Worte in jeder Volksversammlung verfolgen, die Organisationen proletarischer Frauen nicht bloß auf ihre Thaten, auch auf ihre Absichten prüfen, sie müssen doch die Forderung vernommen haben, die seit Jahren von immer breiteren Kreisen und immer lauter erhoben wird. Wer mit der offenbar sehr achtungswerthen und jedenfalls sehr großen Allwissenheit unserer Behörden vertraut ist, dem könnte sich angesichts der angezogenen offiziellen Aeußerung leicht eine eigene Ansicht aufdrängen, nämlich die, daß die Bevölkerung, für welche man höheren Orts ein Ohr hat, erst beim epaulettenbegnadeten Gardelieutenant, beim schreienden Agrarier, unzufriedenen Industriellen und der Dame anfängt, die sich rühmen darf, „von“ und „zu“ geboren zu sein.

In dieser Auffassung könnte man nur bestärkt werden durch das offizielle Haupttaber gegen die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Warm und kräftig klopft uns in ihm das unverfälscht kapitalistisch fühlende Herz des preussischen Handelsministeriums entgegen. Man will von weiblichen Fabrikinspektoren nichts wissen, weil solche den Stumm und Stimmchen nicht genehm sein würden. Mit feinsten Verständnißinnigkeit für die Kapitalistenklasse und ihres Wesens Wesenheit, den „heiligen Goldhunger“, zählt der Vertreter des Handelsministers die Gründe dafür auf. Die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren würde die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten vermehren. Jede solche Vermehrung beschränkt aber in Folge häufigerer und genauerer Inspektion der Betriebe das Unternehmertum um ein Weniges in seiner Ausbeutungsfreiheit. Ein Grauel und Scheuel ist ihm deshalb jede weitere Anstellung von Aufsichtsbeamten überhaupt, von weiblichen Inspektoren aber obendrein ganz besonders. Diese könnten ja nicht, wie ihre männlichen Kollegen, „unter Umständen auch dem Arbeitgeber von Nutzen sein, insbesondere durch Rathschläge auf technischem Gebiete. . . . Die Fabrikinspektorinnen würden nur für die Arbeiterinnen vorhanden sein; sie würden den Sammelpunkt für deren Beschwerden bilden und voraussichtlich bald in ein gegensätzliches Verhältniß zum Arbeitgeber gerathen.“

Daß der deutsche Fabrikinspektor nicht in erster Linie zur Ueberwachung des Arbeiterschutzes da ist, sondern zur Kesselrevision, ist dem deutschen Proletariat von oben genügend klar gemacht worden. Nun lehrt ihm der Vertreter des Handelsministers, daß der sogenannte Aufsichtsbeamte noch eine weitere Pflicht zu erfüllen hat: die, dem Unternehmer durch technische Rathschläge nützlich zu sein. Und diese Seite der Fabrikinspektion ist so wichtig, daß sie mit ausschlaggebend ist für die Nichtanstellung weiblicher Beamten! Die „nützliche Einwirkung auf die wirtschaftlichen und sittlichen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen durch Fabrikinspektorinnen“ erscheint dem Handelsministerium wohl als eine feine äußerliche Zucht. Aber als würdig und wohlgeschickt für die Gewerbeinspektion gilt ihm doch nur die Kraft, die gratis oder für ein gutes Frühstück durch schätzenswerthe Rathschläge den Profit des Kapitalisten etwas zu mehren versteht. Wehe aber gar dem Aufsichtsbeamten, dessen Auge offen ist für die Mißstände der kapitalistischen Betriebe, dessen Ohr sich nicht den Klagen der Arbeiterschaft verschließt, der sich zum „Sammelpunkt ihrer Beschwerden“ macht! Der Fabrikinspektor, der gewissenhaft seines Amtes waltet, der der Ansicht ist, er sei zum Schutze der Arbeitskräfte bestellt, er geräth in ein „gegenwärtliches Verhältniß“ zum Arbeitgeber, er ist vom Handelsministerium gewogen und zu leicht befunden worden. Dieses „gegenwärtliche Verhältniß“ zwischen Pflichttreue und kapitalistischem Profit hat der badische Fabrikinspektor Wörishoffer erfahren, von diesem Verhältniß und seinen Folgen hat sich der Fabrikinspektor Jäger-Köln überzeugen müssen. Vor dem Unternehmertum können nur Aufsichtsbeamte bestehen, die so wenig als möglich inspizieren, auch die frechsten Gesetzesübertretungen der Herren Geldsäcke in der Ordnung finden und diesen mit „nützlichen Rathschlägen“ fleißig zur Hand gehen. Das ist des Pudels Kern, den der Vertreter des Handelsministers mit einer an Zynismus grenzenden Offenheit enthüllt.

Daß dem Bekenntniß einer schönen kapitalistischen Seele ein Tröpfchen Denunziation gegen die Sozialdemokratie beigemischt ist, versteht sich am Rande. Nicht empfehlen kann das gute, fortschrittliche Handelsministerium die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, weil diese „bei der Verhegung des Arbeiterstandes durch die sozialdemokratische Agitation nicht auf das Vertrauen der Arbeiterinnen rechnen könnten“. Als ebenso — lähn wie komisch erscheint diese Behauptung angesichts der Thatsache, daß die Sozialdemokratie energisch den weiteren Ausbau der Fabrikinspektion fordert, für die Anstellung weiblicher Aufsichtsbeamten eintritt, jederzeit der Arbeiterschaft empfohlen hat, Fühlung mit den Fabrikinspektoren zu suchen und zu unterhalten. Sollte die handelsministerielle Unschuld vom Lande allein nicht wissen, was die Spazier auf den Dächern pfeifen, was Wörishoffer und andere Fabrikinspektoren wieder und wieder betont haben? Nämlich, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Inspektion der Betriebe

nicht vertrauensvoll über ihre Leiden zu äußern wagen, weil sie aus Erfahrung wissen, daß sie in neunundneunzig von hundert Fällen die Nachse des Kapitalisten, die Maßregelung zu fürchten haben.

Die Regierung hat es in der Hand, die Arbeiter und Arbeiterinnen mit ungetrübtem Vertrauen zu den Aufsichtsbeamten zu erfüllen. Sie ziehe — wie es in England geschieht — Arbeiter und Arbeiterinnen zu der Fabrikinspektion heran, sie lasse bei der Anstellung der Aufsichtsbeamten die Arbeiterorganisationen ein entscheidendes Wort mitsprechen, sie gestalte die Stellung der Fabrikinspektoren derart unabhängig und würdig, daß sie ihren Amtspflichten nachgehen können, ohne den politischen Einfluß des Unternehmertums, in Gestalt von Ruffeleien durch die vorgelegten Behörden, in Gestalt von Strafverfolgungen zc. fürchten zu müssen. Hic Rhodus, hic salta! Aber die Regierung springt nicht, wie es im Interesse der Arbeiterklasse liegt, sie tanzt, wie die Kapitalistenklasse pfeift. Das zeigt auch die Erklärung des preussischen Handelsministeriums zur Frage der weiblichen Fabrikinspektoren. Die typischen Merkmale der Sozialreform von oben sind ihr aufgeprägt: Unkenntniß dessen, was in Sachen des Arbeiterschutzes im Auslande geschieht; zopfige und prokige Nichtbeachtung des Willens weiter Volkskreise; zarteste Rücksicht auf die Wünsche des Unternehmertums. Auch sie ist ein herzerfrischend deutlicher Ausdruck der Thatsache, daß die Sozialreform von oben kleinlaut vor der Kapitalistenmacht kapitulirt hat, noch ehe sie den Kampf energisch aufgenommen. Die Arbeiterklasse wird ihrer geschichtlichen Aufgabe getreu die natürliche Konsequenz dieser Thatsache ziehen. Sie bereitet durch Aufklärung und Organisation der Massen die Zeit vor, wo getanzt werden muß, wie das Proletariat pfeift, und zwar dürfte es bei einem sanften Reformwalzer dann kaum sein Bewenden haben.

## Arbeiterinnen-Bewegung.

— In der Zeit vom 1. Mai bis 1. Juni fanden öffentliche Versammlungen statt in: Adlershof, öffentliche Volksversammlung: „Die Frau und der Sozialismus“ (Genossin Greisenberg); Berlin, öffentliche Versammlung aller in der Wollbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ (Genosse Wasch); öffentliche Versammlung aller in der Damen- und Knabenkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Zustände bei den Zwischenmeistern“ (Genossin Gubela); öffentliche Versammlung aller im Tapezierergewerbe beschäftigten Personen: „Die Arbeiterfrage der Gegenwart“ (Genosse Zahn); öffentliche Versammlung der freien Vereinigung der Handelsangestellten: „Die Interessen und Aufgaben der Handelsangestellten auf politischem und sozialem Gebiet“ (Reichstagsabgeordneter Liebknecht); öffentliche Versammlung der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ (Genosse Verfus); öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für Stralau und Rummelsburg: „Warum lehnt die hiesige Gemeindevertretung die Errichtung von Gewerbeschiedsgerichten, sowie von Arbeitsnachweisen ab?“ (Genosse Millarg); öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die Arbeiterbildungsschule“ (Genosse Schriftsteller Heinrich Schulz); Bremen, öffentliche Volksversammlung: „Die Forderung der politischen Gleichberechtigung für die Frauen“ (Genossin Zhrer); Bremerhaven, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer: „Die Stellung der Frauen und Mädchen in der heutigen Gesellschaft“ (Genossin Zhrer); Debschitz, öffentliche Volksversammlung: „Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft“ (Genossin Baader); Dresden, öffentliche Parteiversammlung: „Die Nothwendigkeit der Landesversammlungen“ (Genosse Frähdorf); Elberfeld, öffentliche Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen: „Was ist zu thun, um unsere Lage zu verbessern?“ (Genosse Klapp); Erfurt, öffentliche Schneider- und Schneiderinnenversammlung: „Das Sweatingsystem in der Konfektionsbranche“ (Genosse Fahrenkamm); Sera, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer: „Die Frauen und das allgemeine politische Wahlrecht“ (Genossin Ottilie Baader); Hamburg, zwei große öffentliche Volksversammlungen: „Die politische Lage“ (Reichstagsabgeordneter Bebel); öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: „Die Entwicklung der Industrie und die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen“ (Genosse Brey); öffentliche Schneider- und Schneiderinnenversammlung: „Die Mißstände in der Schneiderei und Konfektionsarbeit mit Berücksichtigung der Hausindustrie“ (Genossin Louise Blohm); Lud-

wigsburg, öffentliche Volksversammlung: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Gesellschaft“ (Genosse Benz); Mülhausen, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die Behandlung der deutschen Volksvertretung durch Herrn v. Köller, ein Streiflicht auf die politische Lage“ (Reichstagsabgeordneter Bueb); Plagwitz, öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen: „Die Mißstände im Schneidergewerbe“ (Genosse Möbius); Könnebel, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer: „Die Stellung der Frauen und Mädchen in der heutigen Gesellschaft“ (Genossin Zhrer); Stuttgart, öffentliche Versammlung aller in der Nadelbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen: „Die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter Deutschlands und warum verlangen wir Betriebswerkstätten?“ (Genosse Knoop); Taucha, öffentliche Volksversammlung: „Die politische Lage, der Bauernstand, die Handwerker und die Arbeiter“ (Reichstagsabgeordneter Dr. Schönlan); Untermhaus, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer: „Die Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft“ (Genossin Ottilie Baader); Wandsbeck, öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen: „Die Entwicklung der Industrie und die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen“ (Genosse Brey); Werdau, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen: „Die bevorstehenden Landtagswahlen“ (Genosse Goldstein); Wilkau, öffentliche Volksversammlung: „Die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage“ (Landtagsabgeordneter P. Horn); Wurzen, öffentliche Parteiversammlung: „Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie“ (Genosse Kagenstein); Zwätzen, öffentliche Versammlung für Frauen und Männer: „Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft“ (Genossin Ottilie Baader).

— Vereinsversammlungen fanden in der nämlichen Zeit statt in: Berlin, Mitgliederversammlung des Verbands aller in der Metallindustrie beschäftigten Personen: „Thätigkeitsbericht“; Langenbie lau, Mitgliederversammlung des Verbands der Textilarbeiter und Arbeiterinnen: „Licht und Leben“ (Genosse Schulz); Stuttgart, Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Handelsangestellten: „Thätigkeits- und Kassenbericht“ (Genosse Behr, 2) Die Errichtung eines unentgeltlichen englischen Unterrichtskurses für Männer und Frauen; Uhlenhorst, Mitgliederversammlung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen: „Die Entstehung der Frauenbewegung und die unwürdige Lage der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft“ (Genossin Kanty).

— Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen. Der Verband der deutschen Schneider und Schneiderinnen zählte 1893 in 207 Orten 6965 männliche und 353 weibliche Mitglieder. 1894 dagegen gehörten ihm in 219 Orten 7129 männliche und 458 weibliche Mitglieder an. Die im Schneidergewerbe besonders in der Konfektionsbranche, beschäftigten Frauen und Mädchen zählen bekanntlich zu den Ausgebeuteten der Ausgebeuteten. Sie bedürfen deshalb des Schutzes der Organisation ganz besonders dringend. Besonders groß sind allerdings auch die Schwierigkeiten, welche sich gerade der Organisation der betreffenden Arbeiterinnen entgegenstellen: der niedrige Verdienst ist ihrer gewerkschaftlichen Gruppierung ebenso hinderlich, wie die Zersplitterung der Betriebe, die Ausdehnung der Hausindustrie und des Schwitzsystems. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es mit doppelter Freude zu begrüßen, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder des Schneiderverbandes gestiegen ist.

— Agitation. In der Rheinprovinz unternahm auf Veranlassung des Rheinischen Agitationskomitees Genossin Zetkin in der Zeit vom 9. Mai bis 2. Juni eine größere Agitationstour. Zweck derselben war, insbesondere die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen, ihnen die Nothwendigkeit des Klassenkampfes und der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische klarzulegen. Die Tagesordnung der weitaus meisten Versammlungen lautete deshalb: „Die Frau und der Sozialismus.“ In mehreren Orten sprach Genossin Zetkin über die Thematika: „Warum fordern die proletarischen Frauen ihre politische Gleichberechtigung, insbesondere das Wahlrecht?“ „Der Einfluß der indirekten Steuern auf die Lage der Frauen des Volks“, „Die politische Lage und die Arbeiterklasse.“ Versammlungen fanden statt in: Eberfeld, Remscheid, Düsseldorf, Grefeld, Aachen, Duisburg, Wald, Köln, Kall, Barmen, Wichlinghausen, Solingen, Werden, Kattenberg, Essen, Hückeswagen, Neuwied und Kreuznach. An mehreren Orten waren die Versammlungslokale durch das Eingreifen der lieben Polizei abgetrieben worden. Die Versammlungen waren — mit ver schwindenden Ausnahmen — durchgehends sehr gut besucht, zum Theil überfüllt; Frauen wohnten ihnen überall bei, in den meisten Orten sogar in sehr beträchtlicher Zahl. In begeisterten Kundgebungen für den Sozialismus gestalteten sich insbesondere die Versammlungen in Düsseldorf, Grefeld, Aachen, Köln und Essen, im Reich des Kanonen-

königs Krupp. In mehreren Orten wurden die Debatten dadurch besonders lebendig und interessant, daß Gegner sich an ihnen beteiligten. In Grefeld paradierte ein übrigens harmloses Spießbürgerlein mit dem Jopse, die Frau dürfe keine politischen Rechte besitzen, weil — o heilige Logik! — „schon jetzt im Reichstage schreckliche Verwirrung herrsche und die zum Extremen neigenden Frauen diese nur steigern würden.“ Unter stürmischem Jubel der Versammlung wies die Referentin seine Ausführungen zurück. In Düsseldorf, Barmen und Hückeswagen griff je ein protestantischer Geistlicher in die Debatten ein. In den beiden erstgenannten Städten waren die Einwendungen der Herren gegen die sozialistische Auffassung durchaus sachlicher Natur, und wurden in sachlicher, anständiger Weise dargelegt und von der Rednerin ebenso sachlich, wenn auch entschieden zurückgewiesen. Nicht so in Hückeswagen. Das Auftreten des dortigen Pfarrers legte die Annahme nahe, der Herr habe die Absicht, sich in der Doppelrolle als Knote und Clown zu präsentiren. Statt auf die angeführten Thatsachen einzugehen, führte er aus, die Referentin sei unkonsequent, wenn sie für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts eintrete, müsse sie doch in Hosen und mit einem Bart erscheinen! Wenn die Sozialdemokratie der Frau gleiche Rechte wie dem Manne gewähren wolle, müsse sie dafür sorgen, daß „Gottes Einrichtung“ entgegen der Mann in Zukunft ebenfalls Kinder gebäre zc. zc. Genossin Zetkin ersparte ihm die verdiente Antwort nicht, und die Versammlung bewies durch den reichen Beifall, daß sie der sozialistischen Auffassung beipflichtete. Mit recht kennzeichnenden Verhältnissen mußten die Genossen in Neuwied betreffs ihrer Versammlung rechnen. Die Polizei sorgte dafür, daß sämtliche Plakate, welche die Versammlung anzeigten, abgerissen wurden, kaum daß sie angelebt worden. Nur ein einziges von allen war der ordnungstretterischen Hand entzogen, weil es am Laden eines Parteigenossen angeschlagen war. Um auch dieses zu entfernen, intervenirte die Polizei bei der Hauswirthin, der nahegelegt ward, doch den „Schandfleck“ nicht an ihrem Hause zu dulden. Der Versammlung selbst wohnte ein großer Theil der Besucher nicht in dem Lokal bei, sondern vor den geöffneten Fenstern im finstern Hofe, weil die Leute nach den gemachten Erfahrungen fürchteten, ihren Arbeitgebern durch die Polizei denunziert zu werden. Die Thatsache, daß Männer und Frauen zwei Stunden lang im Finstern und stehend aushielten, um sich über den sozialistischen Standpunkt aufzuklären, redet ganze Bände, wie es um die Vereins- und Versammlungsfreiheit des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft bestellt ist, aber auch davon, daß die Masse der Ausgebeuteten un widerstehlich, mit Naturgewalt zum Sozialismus gedrängt wird. Gewiß, noch ist in den meisten Gegenden der Rheinprovinz der Einfluß des Zentrums sehr mächtig. Aber schon ist er ernstlich ins Wanken gekommen, schon beginnt die proletarische Gefolgschaft der Ultramontanen auseinanderzubröckeln, nicht nur der Arbeiter, auch die proletarische Frau entzieht sich allmählig dem Einflusse der Kapläne. Gerade der letztere Umstand ist sehr wichtig: die Beeinflussung der Frau ist dem Klerus allzeit ein Mittel gewesen, den Mann des Volks auszubenten. Daß eine industriell so hoch entwickelte Gegend wie die Rheinprovinz der Sozialdemokratie zufallen muß, ist naturnothwendig. Die Verdrängung der Partei der Kapläne durch die Partei des proletarischen Klassenkampfes ist nur eine Frage der Zeit, eine Frage der politischen Aufklärung und Schulung der Massen. Die Ultramontanen selbst beschleunigen durch ihre arbeiterfeindliche Haltung im Reichstage den Zeitpunkt, wo sie abgewirthschaftet haben. Die Genossen aber thun in ernster, begeisterter und pflichttreuer Arbeit das ihrige, der Sozialdemokratie neue Schaaren von Anhängern zu werben und die neuen Streitkräfte aus unklaren Mißläufern zu zielbewußten Sozialisten und Sozialistinnen zu erziehen. Voll und ganz sind sie sich der Verantwortung bewußt, auf einem besonders schwierigen, aber auch ehrenvollen Posten im Klassenkampf zu stehen.

### Allerlei aus dem Reichstage.

Nach dem Angeheuer Umsturzvorlage hat der Reichstag endlich auch den nicht minder volksfeindlichen Valg Tabaksteuer abgethan. Ein halbes Jahr lang hat er seine Zeit und Kraft vergeuden müssen mit der Berathung der geplanten Schröpfung des kleinen Mannes, mit der Berathung einer Maßregel, die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen dem Hunger überantwortet hätte. Noch in letzter Stunde legte sich der Vertreter der Regierung, Posadowsky, mit größtem Eifer dafür ins Zeug, daß der Tabak mehr bluten solle. Nur eine Kleinigkeit, meine Herren, bettelte er, nur lumpige 10½ Millionen statt der früher geforderten 104 bewilligen Sie zum Besten der „Finanzreform“, zum Besten der nothleidenden Kleinstaaten, welche die Löcher ihres Budgets doch unmöglich dadurch stopfen können, daß sie die darbdenden Marl- und Thalermillionäre etwas schärfer zu

Steuerleistungen heranziehen. Nur der Junker Kardorff brachte dieser Beschwörung Verständnißinnigkeit entgegen. Mit schöner Offenheit erklärte er, daß die Tabaksteuer wieder und wieder kommen werde, denn das Reich brauche größere Einnahmen. Diese müsse man aber beschaffen durch indirekte Steuern, welche — man staune über die Unverfrorenheit der Behauptung — keineswegs die niederen Volksklassen besonders belasteten. Im Uebrigen empfahl er für den Reichshaushalt weise Sparsamkeit. Für seine Mahnung wurde er von Richter gebührend abgetrumpft. Dieser wies darauf hin, daß das hohe Lied der Staatsparsamkeit gar übel klinge in dem Mund von Leuten, welche die Militärvorlage bewilligten und vom Reiche Geschenke über Geschenke heischten. Der Vertreter des Zentrums erklärte sich entschieden gegen die Tabaksteuer, da die Masse der kleinen Leute eben mehr als genügend belastet sei. Genosse Mollenbuhr betonte die verhängnisvollen Folgen der geplanten Tabaksteuer für die Arbeiterschaft der Tabakindustrie. Nur etliche Konservative und Nationalliberale stimmten für Paragraph 4, den wichtigsten der Vorlage, die in ihren übrigen Theilen ohne Debatte verworfen wurde.

Oppositionsstimmung herrschte auch im Reichstage, als verhandelt wurde über den Antrag Rickert, der eine Aenderung des Wahlgesetzes, die Sicherung des Wahlgeheimnisses bezweckte. Sehr richtig wies der Antragsteller darauf hin, daß es Pflicht des Reichstags sei, durch Annahme der Reform energischen Protest zu erheben gegen die hochverrätherischen Bestrebungen, welche den Umsturz der Verfassung, die Beseitigung des geltenden Wahlrechts wollten. Der nämlichen Ueberzeugung gab auch der Zentrumsredner Ausdruck. Am schärfsten wurde sie jedoch selbstredend vertreten durch die sozialdemokratischen Abgeordneten Singer und Bebel. Der Konservative Buchta fühlte sich nämlich veranlaßt zu versichern, — das Wort bewahrheitend: „wer sich entschuldigt, klagt sich an“ — daß nicht seine Parteifreunde es seien, welche die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts erstrebten. Daraufhin brandmarkte Singer gebührend das Geschrei der hervorragendsten konservativen Organe und Parteiführer nach einem Staatsstreich und der Neuchelung des Wahlrechts. Treffend machte er geltend, der Reichstag solle sich nicht darauf beschränken zu jammern, daß seine Beschlüsse bezüglich Sicherstellung der geheimen Wahl und anderer Verbesserungen des Wahlgesetzes bis jetzt vom Bundesrath mit Nichtachtung behandelt worden seien. Er habe es ja in der Hand, den Bundesrath durch Nichtbewilligung des Stats zu einer Beschlußfassung zu zwingen. Die kräftigen Aeußerungen Singers hatten zweierlei zur

Folge. Einmal, daß das Zentrum feierlich erklärte, es wolle von der vorgeschlagenen „Obstruktion“ nichts wissen. In der Rolle der artigen Kinder werde es die Regierung unterstützen, wo es könne, und es erwarte dafür eine gleich sachliche Behandlung. Dann aber, daß Vertreter beider konservativen Parteien verzweifelte Anstrengungen machten, die Staatsstreichschwärmer von den Rockschößen der konservativen Partei abzuschütteln, den prohigen Aeußerungen des Grafen Mirbach und seiner „Erwerbsgenossen“ eine harmlose Auslegung zu geben. Wie wenig ihnen dies gelang, wies Singer auf der Stelle in überzeugender Weise nach. Genosse Bebel führte im weiteren Verlaufe der Debatte aus, daß die Sozialdemokratie nicht bloß volle Sicherung des Wahlgeheimnisses wolle, sondern daß sie für alle Anträge sei, welche dazu beitragen sollten, die Wahlen vor ungeseglichen Eingriffen zu schützen, den Volkswillen zu gerechtem Ausdruck kommen zu lassen. Zu diesem Zwecke fordere die Sozialdemokratie u. a. die Wahlpflicht, Diäten für die Abgeordneten, das Proportionalwahlssystem, auf Grund dessen der Partei des Proletariats 90 statt 46 Mandate zufallen müßten, Zuerkennung des Wahlrechts an das weibliche Geschlecht zc. Letztere Forderung war auch von Singer betont und begründet worden. Bebels Darlegungen waren die treffliche Antwort auf die Faselien des Antisemiten Liebermann von Sonnenberg. Dieser Herr hatte mit der ihm eigenen Wahhaftigkeit in sittlicher Entrüstung gegen den „Wahlterrorismus der Sozialdemokraten“ deklamirt und erklärt, durch Einführung der Wahlpflicht würden sämtliche Sozialdemokraten mit Ausnahme von zwei aus dem Reichstage verschwinden, sich auch wiederholt gegen das Frauenstimmrecht verwahrt, als gegen die „Natur der Frau“ und nur der Reaktion zu gute kommend. Die Debatten über die Reform des Wahlgesetzes erwiesen wieder einmal die Sozialdemokratie als energischste Vorkämpferin für Volksrechte und Volksfreiheiten. Neben ihrem kraftvollen Kampf gegen die Reaktion erscheint die Opposition der bürgerlichen Parteien als der Widerstand von Wacklappstis, die unfähig sind, den Konflikt des Möchte-geru-und-kann-doch-nicht zu überwinden und über Deklamationen nicht hinauskommen. Staatssekretär von Bötticher quittirte denn auch über die Schwäche der bürgerlichen Opposition dadurch, daß er ausführte, im Namen der verbündeten Regierungen keine Erklärung abgeben zu können über ihre Stellungnahme zu dem Antrage! Und der Reichstag beschäftigt sich seit dem Jahre 1875 mit dieser Angelegenheit! Diese Thatsache predigt laut die Nichtachtung, mit welcher die Regierung der Volksvertretung gegenübersteht. Der Antrag Rickert

## Wie der Huber ungläubig ward.

Von Ludwig Anzengruber.\*

Wenn es vor der Kirchenthüre oder im Wirthshausgarten hieß: „Die Huberischen kommen“, dann wußte Jeder, wie viel ihrer um den Weg waren, auch wenn er nicht bis fünf zählen konnte, denn er reichte mit einem weniger. Da war der alte Huber, stämmig und untersekt, trug einen großen Kopf auf den breiten Schultern, sein Gesicht war grobklinig und rauh, sah aus, als wär' es nur so im Rohen aus Sandstein gehauen und der Steinmetzgehilfe mitten unter der Arbeit abgerufen worden. Neben ihm ging die Bäuerin; die war einen guten halben Kopf größer wie er, aber hager; die Leute meinten, sie sah' aus wie die „theueren Zeiten“ oder wie „dem Tod sein Spion“. Den beiden Alten voran schlenderte ein Bursche, der seiner Mutter an Länge und Hagerkeit nichts nachgab, hellblonde Haarbüschel fielen ihm bis in die Stirne und d'runter guckte er mit trenherzigen, blauen Augen in die Welt. „Schan' nit so ehrlich“, sagte sein Vater, „sonst treibt Dich Jeder auf den Markt.“ Neben dem also Verwarnten ging dessen Schwester, eine Dirne, herb und breit gebaut wie der Vater, nur ein wenig kleiner, hatte dunkles Haar und braune Augen. „Guck' nit so led“, sagte die Mutter zu ihr, „sonst meint Mancher, Du gäbst Dich auf Borg.“ Die Mahnung schien jedoch unnöthig, das Mädchen sah ohnehin wenig auf und hatte ein schenes Wesen. So war man's im Dorfe die Jahre her gewöhnt, sie zu Bieren herankommen zu sehen.

Von nun ab sollte es anders sein, und wenn es heute vor der Kirchenthüre heißen wird: „Die Huberischen kommen“, und man sieht sie selb zu dritt aus ihrem nahen Häuschen treten, so wird das Niemand Wunder nehmen, aber, wie den Dreien selbst,

so wird es auch den Dörflern schier absonderlich vorkommen, und diese wie jene möchten wohl fragen: Wo ist das Vierte geblieben? Ja, wenn man es nicht wüßte, daß gestern die Bäuerin begraben worden war und zur Stund' eine „schwarze Mef“ für ihr Seelenheil gelesen werden sollte!

Noch ist es aber nicht zu dieser Stund', hat noch eine Weile hin, und Morgengraun liegt über der Gegend und dem stillen Flecken. Hähne krähen. Sie und da bellt ein Hund, knarrt eine Thür. Der Platz vor der Kirche ist leer; diese ist etwas nieder gerathen, hat in der Front ein geschmücktes Mauerwerk, das bis zum Giebel des Daches anstrebt und dasselbe verdeckt, neben der Thüre stehen rechts und links in einer Nische der Landes- und der Kirchenpatron, steinern und steif. Ein frommer Sperling zerhackt gerade auf der Schulter des einen Heiligen einen Wurm. Die beiden Seitenmauern des Schiffes scheinen älter zu sein wie der Frontbau, müde Pfeiler nehmen da einen Anlauf, rasten aber in mehreren Absätzen und gelangen mühselig und dünnleibig bis zur Höhe des Daches, zwischen ihnen sind spitzbogige Fenster mit verblindeter Glasmalerei. Vom Felde her läuft eine niedere Mauer, umfriedet einen kleinen Fleck Erde und stößt ihn an die Kirche an, rechts von dieser öffnet sie dräuend ein übergroßes Gitterthor und läßt Kreuze und Grabsteine nach dem Dorfe durchblicken.

Seitwärts, überdeckt die dritte Hütte — wie sie breit daliegen mit ihren Umzäunungen und Einplantungen — ist die des alten Huber. Der Hof lag gleich den anderen noch wie verlassen, aber nicht stille, das Geflügel hatte sich in einen bunten Haufen zusammengedrängt und vollführte einen ganz ungehörlichen Lärm. Das war ein Segader, Gekreisch, Gekrähe und Geklurre, daß darüber auch das benachbarte Federvieh in sträubende Aufregung gerieth. Knarrend öffnete sich jetzt eine Thüre, der Bauer trat heraus, er kam nachsehen, eben wandte er sich wieder nach dem Hause zurück, da schritt eine barfüßige Magd vom Stalle her und

\* Aus dessen „Gesammelten Werken“, Band 3, Stuttgart, J. G. Cotta's Verlag.



„Schreien“ für ihren Beruf und Staatsalmosen für ihr verbrieftes Recht halten, ließen in der Schlußsitzung des Reichstags durch den Grafen Kanitz mit erquickender Unversfrorenheit erklären, daß ihr Hunger nichts weniger als gestillt sei. Ungezügelter als je forderten sie mit der Margarinesteuer eine Erhöhung der Butterpreise, forderten sie höhere Getreidepreise. Die ihnen so willfährige Regierung mußte die bittersten Vorwürfe über sich ergehen lassen, daß sie den Herren „von“ und „zu“ diese Liebesgaben noch nicht auf dem Präsentirteller entgegen gebracht hatten. Neben den Vorwürfen hagelte es auch Drohungen unter Hinweis auf die unzufriedene, demagogisch bearbeitete Masse der Kleinbauern. Außer jedem Zweifel, daß die Agrarier das deutsche Volk mit einem Raubzug größten Stils zu überziehen gedenken. Daher auch die immer lauter, immer dreister schallenden Stimmen, welche im Lager der Konservativen die schärfste politische Knebelung des Proletariats fordern. Die Knebelung soll die gründliche Ausplünderung ermöglichen. Die Arbeiterklasse hat also mehr Anlaß als je, gerüstet auf Posten zu stehen, um jedes Attentat gegen ihre Freiheit und ihren Beutel erfolgreich zurückzuschlagen.

### Arbeiterschutz und Gesetzesliebe des Unternehmers im Lichte des Jahresberichts der badischen Fabrikinspektion für 1894.

Nummer 6 der „Gleichheit“ enthielt einen kurzen Auszug aus dem neuesten Berichte Wörishoffers. An dieser Stelle möchten wir noch auf eine Reihe wichtiger Äußerungen der badischen Fabrikinspektion hinweisen. In erster Linie ist da zu erwähnen die Wiederholung der Klagen über die Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit der Aufsicht der ländlichen Polizeibehörden, soweit sich dieselbe auf die Einhaltung der arbeiterschutzgesetzlichen Vorschriften bezieht. Der Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen in diesen Orten kann nach Angaben Wörishoffers nur durch Revisionen seitens der Fabrikinspektion sichergestellt werden. Allein in Folge der geringen Anzahl der Fabrikinspektionsbeamten und ihrer Ueberbürdung können von sämtlichen in Baden vorhandenen und der Gewerbeinspektion unterstellten Betrieben jährlich kaum ein Fünftel revidiert werden.

Welch grobe Verstöße sich die ländlichen Ortsbehörden zu schulden kommen lassen, und wie sie dadurch den Arbeitgebern Umgehungen der ohnedies mangelhaften gesetzlichen Vorschriften erleichtern, geht

nach dem Garten ging, und Beide dort im Gespräche auf und ab schritten. Alles an dem Manne sah nach Mitgefühl aus, war aber eigentlich nur die geschäftliche Form, unter welcher er als Leichenbestatter mit den Leidtragenden im Orte verkehrte, anders kannten ihn die Leute als Kirchendiener in der Pfarrkanzlei, und gar nicht mehr zu erkennen war er Abends an der Regelbahn im Gemeindegasthause.

„Also von wegen dem Grabkreuz“, sagte er, „so bleibt es dabei, wir nehmen ein eisernes? Ist recht. Kostet für den Anfang wohl mehr, ist aber doch ein Ersparnis, da hat die Bäuerin — Gott tröst' sie — lange daran. Aber was ich hab' sagen wollen, was schreiben wir denn darauf?“

„Weiß ich, was schicklich ist, auf ein Grab zu schreiben?“ fragte Huber.

„Einen Spruch hätt' ich“, sagte der Leichenbestatter, und begann seine Notizbücher zu durchsuchen. „Einen Spruch hätt' ich, ja, den verdient sie, gewiß, den thut sie verdienen. Ich hab' immer so viel Aufschreibungen bei mir. . . Ja, da ist er.“ Er brachte einen Zettel zum Vorschein, hielt ihn mit der Rechten vor das Auge und legte die Linke auf die Schulter des Bauern. „Hör' zu, Huber!“ Dann las er mit einigem Gefühl, nicht ohne Berücksichtigung von Silbenfall und Reim:

„Fromm und bieder war ihr Leben,  
Treu und fleißig ihre Hand,  
Sanft war ihr Hinüberschweben  
In das bess're Vaterland.“

„Was meinst?“ Er reichte ihm das Blatt, guckte ihm über die Schulter und Beide lasen halblaut den Vers.

„Das paßt nicht.“ Der Alte drückte ihm den Zettel in die Hand zurück. Das Papier war leicht gefältelt, wo er mit dem Daumen dagegen gedrückt hatte.

„Warum nicht? Huber, thu' Dich nicht an der Seligen ver-

aus folgender Mittheilung der Fabrikinspektion hervor. In manchen Orten beschränkte der Bürgermeister die Revisionen lediglich auf einen Vergleich des auf dem Rathhause wie in der Fabrik zu führenden Verzeichnisses der jugendlichen Arbeiter, das er sich nach dem Rathhause holen ließ. In vielen Fällen fehlt in den Verzeichnissen der Fabriken jeder Vermerk über eine vorgenommene Nachschau. Mitunter wurden sogar schulpflichtigen Kindern Arbeitsbücher ausgestellt.

In dem Verkehr der Fabrikinspektion mit den Arbeitgebern ist in einer Richtung eine Wendung zum Besseren eingetreten. Bei Erörterung von Mißständen, die von der Arbeiterpresse oder von Arbeiterorganisationen aufgedeckt wurden, wiesen früher die Arbeitgeber in ihren Rückäußerungen vorwiegend auf den sozialdemokratischen Charakter der Beschwerdeführenden hin. Nun jedoch haben sie sich allmählig mehr daran gewöhnt, auf den Inhalt der vorgebrachten Beschwerde, auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit einzugehen. Ganz ausnahmslos ist freilich nach Wörishoffers diese eigentlich selbstverständliche Haltung noch nicht. Nach ihm ist in der Regel das Verschweigen der Unternehmer hinter dem „sozialdemokratischen Charakter“ der Quelle gegenwärtig ein Anzeichen dafür, daß die Beschwerden wirklich begründet sind. „Die Arbeiter bekommen es manchmal schwer zu fühlen“, schreibt der Fabrikinspektor, „wenn sie etwa unsere Intervention herbeigeführt haben. Wir erhalten daher nur selten Mittheilungen seitens einzelner Arbeiter, sondern fast nur durch Arbeitervertretungen und durch die Arbeiterpresse. Es sammelt sich bei den Arbeitern“, bemerkt treffend Dr. Wörishoffers im Anschluß an diese Thatsache, „eine heimliche Verstimmung und es befestigt sich die Ansicht, daß der Staat nicht genügend Macht habe, um sie in ihren berechtigten Interessen genügend zu schützen.“

Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse hat bisher die badische Fabrikinspektion von der Einführung besonderer Sprechstunden in den Industrieorten abgesehen. Doch sollen solche in Zukunft eingerichtet werden.

Interessant sind die Angaben über die Handhabung der gesetzlichen Strafbestimmungen. Einmalige leichte Uebertretungen wurden überhaupt nicht zur Anzeige gebracht, sofern es sich nur um Verstöße gegen Formvorschriften handelte und materielle Nachteile nicht im Gefolge waren. In manchen anderen Fällen, wo Strafantrag gestellt wurde, haben die großherzoglichen Bezirksamter demselben nicht stattgegeben. Daß dieselben Behörden den Arbeitern in ähnlichen Fällen

sündigen. Warum soll es nicht passen? War ihr Leben nicht fromm und bieder? Hat sie nicht eine treue und fleißige Hand gehabt?“

„Ich sag' nicht, daß das nicht passen möcht', daselbe laß' ich hingehen. Solche Verschreiber, hab' ich mir sagen lassen, nehmen's nicht genau, wie eine Sache ist oder gewesen war, wenn es ihnen nur mit den Worten ausgeht und schön zum Anhören ist. Aber wie lautet die dritte Zeil'?“

„Sanft war ihr Hinüberschweben.“

„Daselbe ihr an das Grab zu schreiben, wär' eine Sünd'! Hart ist es sie angekommen wie nicht bald Einer. Ich hab' sie daliegen gesehen sechzehn Stund' lang, unterweil den Doktor mit aufgehobenen Händen bittend, er möcht' sie vergeben, damit ein End' wird.“ Er wischte sich mit dem Ärmel den hellen Schweiß von der Stirne. „Weiß nicht, womit sie das verdient hat, aber das da kann man ihr nicht daransprechen. Studir' jetzt auf nichts weiter. Nach der Mess' werd' ich Dir meinen Willen sagen. Ich geh' noch vorher auf den Freithof hinüber und schau' mir die Inschriften an, vielleicht find' ich eine, die mir taugt.“

„Ich helf' Dir suchen.“

„Dazu brauch' ich Niemand. Behüt' Gott.“

„Nun, so behüt' Gott. Verschäm' Dich nur nicht darüber.“

Der Lange schritt gebückt aus dem Garten, gebückt über den Hof, erst einige Schritte außerhalb der Hütte richtete er sich aus seiner gebrochenen Haltung etwas auf, gerade so viel, daß sein Haupt noch in ergebener Demuth niederhing, wie es sich für einen „Diener der Kirche“ geziemt.

Der alte Huber ließ sich von seiner Tochter in den Hof helfen. „Ihr könnt' immer auf mich warten. Bis in die Kirche Zeit ist, bin ich wieder heim.“ Er nahm Hut und Stock und trat hinaus auf den Platz.

(Fortsetzung folgt.)

nicht im Entferntesten so viel Milde entgegenbringen, hat die Arbeiterpresse zu betonen oft genug Gelegenheit gehabt.

Erwähnenswerth ist ferner die nicht selten vorkommende Verwendung jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen, sowie die förmliche Lehrlingszucht, welche unter dem Schein von „Lehrverträgen“, besonders in der Zigarrenindustrie betrieben wird.

Nicht selten werden sogar mit älteren Arbeiterinnen derartige „Lehrverträge“ abgeschlossen, welche die gesetzliche Kündigungsfrist illusorisch machen. Unfug macht sich auch in der Bijouteriefabrikation in einer für die Arbeiter höchst nachtheiligen Weise bemerkbar. Bei Eintreten des flauen Geschäftsganges werden hier lediglich die erwachsenen Arbeiter entlassen, weil die Arbeitgeber gezwungen sind, die durch Lehrverträge gebundenen „Lehrlinge“ zu behalten. So kommt es, daß viele Unternehmer ausschließlich Lehrlinge beschäftigen.

Ein ungünstiger Einfluß der gewerblichen Arbeit auf die körperliche und sittliche Entwicklung der jugendlichen Arbeiter macht sich nach Wörishoffer, auch in den nicht zu Fabriken gehörigen und ihnen gleichgestellten Anlagen in manchen Industriezweigen geltend. Ganz besonders wird Klage geführt über die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft junger Mädchen, die in Konfektionsgeschäften und der Nähereien — oft bis gegen 1 Uhr Nachts — thätig sind. Eine Abhilfe ist hier jedoch in der Regel in Folge der Mangelhaftigkeit der derzeitigen Arbeiterschutzgesetzgebung nicht möglich. Bei derartigen Geschäften fehlen aber meist „ausschlaggebende Merkmale“ für ihre Zuzählung zu den Fabriken. Gelegentlich diesbezüglicher Unterhandlungen mit den Behörden wurde nämlich seitens der Arbeitgeber geltend gemacht, daß sie nicht auf „Vorrath“, sondern auf „Bestellung“ arbeiten, der Betrieb somit nicht zu den „Fabriken“ gezählt werden könne. Aus diesem Grunde finden die zum Schutze der jugendlichen Arbeiter erlassenen Gesetze gerade keine Anwendung auf Betriebe, die am meisten Anlaß zu Klagen gaben.

Ähnliche Uebelstände sind auch bezüglich der Handhabung der zum Schutze erwachsener Arbeiterinnen erlassenen Vorschriften zu verzeichnen. Die und da wurde z. B. die Arbeitszeit durch Nicht-einhaltung der in den Arbeitsordnungen vereinbarten Pausen über das gesetzliche Maß ausgedehnt. Ferner kam es vor, daß Arbeiterinnen an Vorabenden der Sonn- und Festtage länger als bis 5 $\frac{1}{2}$  Uhr thätig sein mußten.

Die Arbeitgeber bewiesen anfangs den größten Widerstand gegen die Bestimmung, daß die Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Festtage um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr entlassen werden müssen. Nunmehr, nach Verhängung einer Anzahl von Strafen, haben sie sich dem Gesetze anbequem und geben sogar zu, daß die Einhaltung der genannten Vorschriften „nicht entfernt die befürchteten Störungen des Betriebes herbeigeführt haben.“ An diesem Beispiel kann man zur Genüge ersehen, wie wenig begründet es ist, wenn die Unternehmer über die Bedrohung ihrer Konkurrenzfähigkeit durch Arbeiterschutzgesetze herzbewegend jammern.

Im Betreff der verhängten Strafen bemerkt Wörishoffer, daß dieselben im Allgemeinen ziemlich ungleichmäßig und außerdem auffallend mild ausfallen. Eine Fabrik z. B., der die Ueberarbeit aus „triftigen Gründen“ versagt wurde, beschäftigte trotzdem ihre Arbeiterinnen länger als gesetzlich zulässig. Die verhängte Strafe lautete auf ganze 30 Mk! In einem anderen Betriebe wurden die Arbeiterinnen mehrere Monate lang ohne Erlaubniß wöchentlich 2—3 Mal 1 oder 2 Stunden über das gesetzliche Maß hinaus beschäftigt, und der betreffende Unternehmer wurde nur zu 20 Mk. Geldstrafe verurtheilt! Daß bei einer solchen Handhabung der Strafbestimmungen die Uebertretungen so häufig sind, ist nicht zu verwundern.

Die Zahl der Bewilligung von Ueberarbeit ist gegen das Vorjahr um ca. 13 Prozent zurückgegangen. Es ist dies im Wesentlichen dem Einfluß der Fabrikinspektion zuzuschreiben. Nach Wörishoffer wurde u. A. in vielen Fällen bei genauer Prüfung festgestellt, daß die Arbeitgeber einfach mehr Bestellungen angenommen hatten, als das vorhandene Personal bei regelmäßiger Arbeitszeit bewältigen konnte. Trotzdem wurde mitunter auch in solchen Fällen den Schilderungen der Arbeitgeber von ihrer angeblichen „Nothlage“ Glauben geschenkt und dem Gesuch — „als dem geringeren Uebel“, wie Wörishoffer bemerkt — für das erste Mal entsprochen.

Sehr merkwürdig erscheint dieses entgegenkommende Verhalten der Fabrikinspektion angesichts folgender Ausführungen im Bericht: „Im Uebrigen“, heißt es da, „ist aber unsere Stellung in dieser Frage durch die häufige Wahrnehmung begründet, daß die Arbeiterinnen in elstündiger Arbeitszeit meist so ermüdet werden, daß darüber hinaus Ueberarbeit zweifellos schädlich wirken muß und daß sie nur zugelassen werden sollte, wenn es sich um Unregelmäßigkeiten des Betriebes handelt, die der Einzelne nicht beseitigen

kann. Mehrfach nehmen Arbeitgeber, deren Gesuche beanstandet wurden, davon Umgang, im folgenden Jahre wieder ein Gesuch um Ueberarbeit einzureichen. Dafür werden dann in den betreffenden Handelskammerberichten Klagen darüber laut, daß die Fabrikinspektion der Bewilligung von Ueberarbeit überhaupt entgegenrete.“ „Wie unbegründet diese Klagen sind“, fährt er fort, „lehrt ein Blick auf die Anzahl der bewilligten Gesuche in dem dem Berichte angeschlossenen Verzeichnisse.“ 200 Betriebe erhielten nämlich 418 Bewilligungen von insgesammt 147 999 Stunden Ueberarbeit. Des heiligen Profits wegen schreckt das Unternehmertum aber ebenso wenig vor einer schandlosen Lüge, wie vor Vergehen gegen die armfelige Arbeiterschutzgesetzgebung zurück.

Das Verbot der Nachtarbeit hat einen guten Einfluß auf die Gesundheit, sowie die Leistungen der Arbeiterinnen ausgeübt.

Die Arbeitgeber gestehen dies offen zu, obwohl sie auch als Folge der betreffenden Bestimmung eine schwere Schädigung des Betriebes prophezeit hatten.

Bezüglich der Kündigungsfristen und Lohnzahlungen sind ebenfalls Umgehungen der gesetzlichen Vorschriften zu verzeichnen. Die in vielen Fabrikordnungen enthaltenen Bestimmungen, Geldstrafen betreffend, erregten gleichfalls Anstoß. In einigen Fällen war die Zahl und die Höhe der Strafen eine ganz erhebliche, in anderen sah man sich veranlaßt, Bestimmungen zu vereinfachen, die bis zu 60 und noch mehr Handlungen unter Strafe stellten. Die Strafgebühren wurden öfters nicht dem Sinne des Gesetzes entsprechend verwendet.

Die Arbeiterausschüsse konnten nach dem Bericht der badischen Fabrikinspektion keine wirksame Thätigkeit entfalten, weil ihre Bedeutung seitens der Arbeitgeber doch nicht anerkannt wird. An dem Gebrauche und der Ausübung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes werden die Arbeiter, berichtet der Fabrikinspektor, vielfach verhindert, indem manche Unternehmer die einer Organisation angehörenden Arbeiter einfach entlassen. „Für den Augenblick mag es manchem Arbeitgeber genügen“, fährt Wörishoffer fort, „die Arbeiter an der Zugehörigkeit zu einer Vereinigung zu hindern, da die Arbeiter ohne Zweifel äußerlich fügsamer geworden sind, was sogar in einzelnen Fällen soweit ging, daß sie den ihnen angebotenen Uebertretungen der gewerbspolizeilichen Vorschriften keinen Widerstand leisteten. In Wirklichkeit zehren aber die Arbeitgeber in einer auch für ihre eigenen Interessen kurzfristigen Weise von dem Kapital an Vertrauen in die bestehenden Verhältnisse und einer allseitig gerechten Weiterentwicklung derselben, welches Eigenthum und Lebensbedingung der Allgemeinheit ist.“

Wird das Unternehmertum diese Mahnung erhören? Eine Antwort darauf giebt der sonst ziemlich optimistisch gestimmte Sozialpolitiker Professor Hertner in dem Schlußwort seiner Besprechung des neuesten Berichtes der badischen Fabrikinspektion: „Wie klar und überzeugend“, schreibt er, „wird hier die Nothwendigkeit der Reform auseinandergesetzt, und doch darf man heute weniger denn je auf eine Umkehr rechnen. Mit ungewöhnlicher Brutalität haben sich die engsten Klasseninteressen in den Vordergrund des öffentlichen Lebens gedrängt. Quousque tandem . . .?“

Die Sozialreform von oben hat vor dem Unternehmertum kapituliert, und in edler Gemeinschaft treten die Regierungen, das Unternehmertum und die Kirche dem um die Verbesserung seiner elenden Lage kämpfenden Proletariat entgegen. Dieses wird trotzdem nach und nach die Reformen erzwingen, die für seinen Schutz, für seine gesunde Entwicklung nöthig sind. Was die Einsicht und das Wohlwollen von oben nicht gewinnt, das wird der Druck von unten erkämpfen. S. Sch.

### Hast du gearbeitet?

Du liebst mich also, hast es mir vertraut, und bebend  
Schweigst du und wartest, und ein blasser Schein  
Bedeckt dein Angesicht.

Du willst, ich soll dir Kuß und Lächeln weihn,  
Willst meiner frischen Jugend Blüthenlicht!

Doch sage mir, kennst du die Angst, die Kämpfe,  
Die Stürme eines Ideals voll Muth?

Weißt du was Leiden heißt? . . .

Was nützt dir deine Kraft, dein warmes Blut,  
Dein Athem, deine Seele und dein Geist? . . .

Hast du gearbeitet? . . . Kennst du die Nächte,  
In denen schlaflos man und ohne Ruh'

Ein ernstes Werk geschafft? . . .

Sag', welcher Glaubensfahne weihstest du  
Die blühende und schöne Jugendkraft? . . .

Du gibst mir keine Antwort! . . . o, so gehe,  
 Keht' zu verlornen Stunden Müßiggang,  
 Zum goldnen Kalb zurück;  
 Zu Karten, Wällen, Dinnen, Beckerklang,  
 Mir sind nicht feil mein Herz, mein Fuß und Blick.

O wärest du ermattet und zerlumpt,  
 Doch mit dem Stolz der Arbeit im Gesicht,  
 Dem Funken in der Brust;  
 Die Arme müde, doch ein helles Licht  
 Im großen Auge strahlend dir vor Lust.

Wärest ein Plebejer du, doch unerschrocken;  
 Hoch über aller Menschheit Haß und Reid  
 Höbst du die stolze Stirn,  
 Und der Gedanken Unermesslichkeit  
 Erglühete siebrisch dir im kühnen Hirn.

Dann, ja, dann liebt' ich dich, um deine Thaten  
 Und um dein ehrlich Leben liebt ich dich,  
 An tapftrer Arbeit reich.

An deine Brust mein Haupt dann lehnte ich,  
 Stolz dich zu achten und vor Liebe bleich! . . .

Doch was bist du? . . . Was hoffst du, schwacher Sklave,  
 Der wohl sich fühlt im goldnen Schlamm, von mir!

Nach Platz mir, tritt bei Seit!  
 Du bist mir nichts, Verachtung weih' ich dir,  
 Du freier Schwächling einer schwachen Zeit! . . .

**Ada Negri.**

Aus der Gedichtsammlung „Schicksal“ (Fatalità), deutsch von Hedwig Jahn.  
 Berlin, Verlag von Heg. Dunder.

### Kleine Nachrichten.

**Gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in Berlin.** Die Berliner Gewerkschaftskommission hat statistische Zusammenstellungen veröffentlicht über die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 1894 in der Reichshauptstadt beschäftigt waren und gewerkschaftlichen Organisationen angehörten, und zwar zentralisirten wie lokalen. Die statistischen Angaben beziehen sich auf die Arbeiterschaft folgender acht Industrie-Gruppen: Nahrungs- und Genußmittel; Bedienung, Handel und Verkehr; Baugewerbe; Metallindustrie; Holzindustrie; Bekleidung, Fuß, Stoffe und Leder; Graphische Gewerbe, Buch- und Papierindustrie; Verschiedene Gewerbe. In diesen acht Industrie-Gruppen waren in der angegebenen Zeit 395 195 Männer und 123 749 Frauen und Mädchen beschäftigt. Davon gehörten den gewerkschaftlichen Organisationen an: 37 022 männliche und **nur 1 410 weibliche Arbeiter.** Von den in den angeführten Industrien beschäftigten Männern gehören also 9,36 Prozent den gewerkschaftlichen Organisationen an, von den weiblichen Arbeitskräften, die hier in Frage kommen, sind dagegen nur **1,1 Prozent** organisiert. 53 321 Frauen und Mädchen sind z. B. in der Industrie-Gruppe beschäftigt: Bekleidung, Fuß, Stoffe und Leder, davon gehören 841 den Organisationen an, d. h. 1,5 Prozent; in den graphischen Gewerben, der Buch- und Papierindustrie arbeiten 9356 Frauen und Mädchen, von denen 2,5 Prozent organisiert sind, nämlich 243. In anderen Industrien sieht es noch weit trauriger aus um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. Da aber die Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als Frau eine härtere Ausbeutung erfährt als wie der Arbeiter, vor allem durchgängig weit niedriger entlohnt wird, als er, so bedarf sie noch weit dringender als der proletarische Mann des Schutzes und der Macht der gewerkschaftlichen Organisation. Im Interesse der Arbeiterin ist es also geboten, für möglichst umfangreiche Einbeziehung der weiblichen Arbeitskräfte in die Gewerkschaftsorganisationen zu wirken. Und da die gering entlohnte, unaufgeklärte und nichtorganisierte Arbeiterin zur Schmutzkonkurrentin des Mannes wird, seine Arbeitsbedingungen verschlechtert, ihn eventuell ganz aus Lohn und Brot verdrängt, so ist die Aufklärung und gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte eine Nothwendigkeit zum Schutze des Arbeiters gegen die kapitalistische Profitgier. Im Interesse der männlichen Arbeitskräfte liegt es also gleichfalls, ihre Schwestern der Arbeit und des Glanzes möglichst zahlreich den Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen.

**Süngerlöhne für weibliche Arbeit** sind auch in München an der Tagesordnung. Eine Militäreffektenfabrik zahlt für das Anfertigen eines Unterbeinkleides 8, eines Bettüberzugs 7 Pf., von zwei Handtüchern einen ganzen Pfennig. Dabei muß die Näherin den Zwirn aus ihrer Tasche zahlen. Zwei flotte Näherinnen

können in 15 Stunden zehn Unterhosen fertigstellen, so daß eine jede von ihnen einen Tagesverdienst von **50 Pf.** hat für 15 stündiges Schaffen. Für die Zeit, welche beim Abholen und Abliefern von Arbeit verloren geht, giebt es natürlich keine Entschädigung, als Zugabe wird den Näherinnen höchstens noch grobe Behandlung zu Theil. Auch in anderen Wäschegegeschäften ist der Verdienst nicht besser. Das Nähen eines Duzend Damenhemden wird in der Regel entlohnt mit 1 Mk. 30 Pf. bis 2 Mk. 10 Pf., bei sehr guter Waare, die sorgfältig gearbeitet werden muß, mit 3 Mk. 60 Pf. bis 4 Mk. 20 Pf. Besonders niedrig stellt sich der Verdienst der Schürzennäherinnen; sie erhalten für das Duzend Wirtschaftsschürzen 60 bis 80 Pf. Arbeitslohn. Schlecht entlohnt werden auch die Arbeiterinnen, welche sogenannte „Arbeits-hemden“ nähen, deren Anfertigung viel Mühe verursacht. Sie erhalten pro Duzend 90 Pf. bis 1 Mk. 5 Pf., im günstigsten Falle 1 Mk. 30 Pf. Das Anfertigen eines Duzend wollener Damenbeinkleider wird mit 80 Pf. entlohnt. Von all den genannten Gegenständen kann auch die geübteste und fleißigste Näherin nicht mehr als höchstens ein Duzend pro Tag fertigstellen und auch das nur bei schier unbeschränkter langer Arbeitszeit, bei Zuhilfenahme der Nachstunden. Man kann sich demnach vorstellen, wie kärglich der Verdienst und wie ungemein jämmerlich die Lebensverhältnisse der betreffenden Arbeiterinnen sind.

**Kurze Arbeitszeit und höherer Lohn** gehen Hand in Hand, das erhellt u. A. auch aus den Angaben, welche der englische Fabrikinspektor Redgrave im Inspektorenbericht von 1860 über die Löhne machte, welche in den Baumwollfabriken in Manchester vor und nach der Einführung des Zehnstundentages gezahlt wurden.

Es betrug der Lohn

	1839	1859
	69 Stunden wöchentl. Arbeitszeit	60 Stunden wöchentl. Arbeitszeit
Spinner (am Salfactor) . . . . .	16—18 Schilling	20—22 Schilling
Andreher . . . . .	8 "	10 "
Duplirerinnen . . . . .	7 "	9 "
Abnehmer . . . . .	4 "	5 "
Tagelöhner . . . . .	10 "	13 "

Auch in den anderen Zweigen der Textilindustrie, welche dem Fabrikgesetz unterstellt worden waren, zeigte sich ein Steigen der Löhne. Diese Lohnerhöhung erklärt sich keineswegs durch eine allgemein steigende Lohnbewegung der Zeit. Redgrave untersuchte die Höhe der Löhne 1839 und 1859 in verwandten Industriezweigen, wo die Arbeitszeit unverändert lang geblieben war und gute Konjunktur Gelegenheit zu „Mehrverdienst“ gegeben hatte. Hier waren die Löhne in der gleichen Zeit gefallen. Wenn sich die Kapitalisten aus Rücksicht auf den angeblich geringeren Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen widersehen, so ist das eitel Gesunkener. Der kürzere Arbeitstag bringt erfahrungsgemäß der Arbeiterklasse auch wirtschaftliche Vortheile.

**Frauenstudium in Rußland.** Für das medizinische Fraueninstitut in St. Petersburg sind nach dem Petersburger „Herold“ bereits 700 000 Rubel an freiwilligen Spenden eingelaufen. Eine Familie schenkte zu Gunsten des Instituts 60 000 Rubel, eine große Anzahl der übrigen Beiträge schwankt zwischen 500 und 10 000 Rubeln. Eine Dame verpflichtete sich zu einem jährlichen Beitrag von 5000 Rubel. Wie verschiedene russische Blätter melden, soll vom nächsten Schuljahre ab an allen Universitäten, an denen medizinische Vorlesungen gehalten werden, den Frauen der Zutritt erlaubt sein. Die russische „Gesellschaft“, d. h. die „durch Besitz und Bildung einflussreichen Kreise“, steht im Großen und Ganzen schon seit Jahrzehnten der Frage der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts mit einem Verständniß und einer Vorurtheilslosigkeit gegenüber, welche das spießbürgerliche Popsthum der „Gebildeten“ anderer Länder, ganz besonders aber Deutschlands, tief beschämt. Und sogar die despotische russische Regierung hat — von etlichen reaktionären Schwankungen abgesehen — im Allgemeinen in Sachen des Frauenstudiums sich als weit fortschrittlicher erwiesen, wie die deutsche Reichsregierung und die Regierungen der einzelnen deutschen Herrgottsvaterländchen. Daß in dem Erfassen einer Kulturfrage die Welt der Besitzenden und Gebildeten und die Regierungen in Deutschland hinter Rußland zurückstehen: fürwahr, es giebt keine schärfere Kritik ihrer diesbezüglichen Haltung, als diese bloße Thatfache.

### Quittung.

10 Mark aus Gera zu Agitationszwecken erhalten zu haben.  
 bescheinigt bestens dankend  
 Berlin.

Frau M. v. Hoffmann.